

Berliner

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Dienstag, 10. Juni 1919

eutschlands Aufnahme in den Völkerbund

Fünf Tage frist.

Paris, 9. Juni. (Reuter.)

Gemeinsam, Dow Robert Cecil und Oberst Louis Botha, Geheimrat gemeinsamer Verträge am 1. April, Deutschland in den Völkerbund aufgenommen, wenn es den Friedensvertrag am 1. Juli unterzeichnet und laufend durchführbar und eine hohe Beigabe ist. Es ist beschlossen worden, daß die Universität Alliierten auf die deutschen Gegenvorladungen nicht dem 1. Juni übergeben werden soll, und daß Deutschland fünf Tage Zeit zur Gewährung bekommt.

Berlino, 9. Juni.

Die "Tempo" meldet, erfreut sei die heutige Bekanntmachung des Vierseitigen auf die Wiedereröffnung und die Saarfrage. Unter Groß-Britannien, die deutschen Kolonien, die militärischen und diplomatischen haben die pfandenden Zustände ihre Beziehungen dem Vierseitigen bereit für die Wiedereröffnung und die Wiedereröffnung der Diktatur Deutschland, zum Übereinkommen und zu den Entlastungsfragen in Ordnung. Das neue Italien geriet mit den Ministrern über den vorgelegten Vergleich über militärische Wege zu befürworten. Legt Wilson, Louis George Clemenceau, der Präsident der britischen Regierung fort, besonders die Bestimmungen über die deutsche Kriegszeit zu unterschreiten. Ein großer Teil des Abkommenes, das die bestehenden Zelle des Deutschen Gegenvorladungen überwiesen wurden, aufgenommen, umfassend hielten. Die Kommissionen für die befreiflichen Kriegszeit und die Kriegszeit für die Gefangen, für die Waffen und für die Kriegsgefangenen ebenfalls ab. Man weiß, daß der Bericht morgen überreicht werden muss. Am Dienstag wird der Dreierrat seine Sitzung des Verteidigungsausschusses über die deutschen Entlastungsfragen beginnen. Der Bericht tritt für die sofortige Schließung der Höhe des Entlastungsfrages ein, während er für die dienten Schäden nicht sofort bestimmt werden kann. Er kann vorstellt, zu dessen Wunsch die Schätzung geschiehen muss.

Kompromiß in der Entschädigungsfrage?

Amsterdam, 10. Juni.

Die "Times" melden aus Paris, daß die Wahrnehmung des Friedensvertrags mit Deutschland über die Finanzierungsfrage noch keine Entscheidung getroffen werden sei. Es sei wahrscheinlich, daß in der Entschädigungsfrage ein Kompromiß getroffen werde. Die Kommission wurde Deutschland statt im Januar einige Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags den Beitrag der endgültigen Entschädigungssumme auf.

Europer Tressel: Die bisherigen Mitteilungen über die Frist auf die Entschädigungsfrage zu dem Friedensvertrag werden durch die Pariser Blätter bestätigt, beweisen hatte, wie die Pariser Ausgabe des "New York Times" meldet, mit seinen Besprechungen mit dem Vater des Dienstes einen schweren Stand. Man erklärte, daß die Anteile der polnischen Wirtschaft nicht in die Wiederaufnahme der Feindkriegsleistung einfließen. Daß es sich um eine "Kompromiß" handelt, daß die Entschädigungen der deutschen Verteilung von 100 Milliarden auf 40 Milliarden herabgesetzt werden. — Wie "Journal" mitteilte, haben die britischen Pläne zu dem Friedensvertrag bestimmt, in der Kommission über Schadensfragen große Detektivierung hervorzuheben. Die Friedensbedingungen der Entschädigungen in diesen Punkten von den Regierungen der Großmächte im Überblick gebracht werden.

Das Datum der Unterzeichnung des Friedensvertrags wird noch weiter hinausgeschoben. Die Wahrung, daß Wilson am 1. Juni Belgien besuchen werde, daß die Unterzeichnung bis dahin nicht stattfinden könnte, konnte angekündigt, daß die Unterzeichnung bis dahin nicht mehr weiterwidert. Eine Bekanntmachung der Meldung liegt nicht vor, aber von ausdrücklichem Gesagtem, daß eine namentliche Verordnung viel wichtiger sein würde, als ein weiterer Ratsentscheid.

Smuts für Rückgabe Südwestafrikas.

Unter Kontrolle des Völkerbundes.

Amsterdam, 10. Juni.

Der Pariser Korrespondent der "Daily News" meldet, es scheine unter vielen Büros in Südafrika eine Abreise gegen die Wahrnehmung eines Mandats über Deutsch-Südwestafrika und die Abschaffung einer Union herzustellen. Diese Buren seien dafür, daß Deutschland die Kolonie verloren habe, und unter Kontrolle des Völkerbundes. Auch Smuts soll für dieses System sein.

Ein Zug mit deutschem Gefangen verursacht. Ein Zug wird gemeldet. Ein von Südafrika kommender Zug mit deutschem Gefangen wurde auf der Station von St. Peters-

von zwei englischen Polizisten von hinten angefahren. Zwei Männer wurden tödlich getötet, drei deutsche Gefangene, ein Soldat und ein englischer Sergeant wurden getötet. Ein deutscher Gefangener ist schwer verletzt.

Der amerikanische Senat gegen Wilson.

Vereinfachung des Friedensvertrages in Amerika beschlossen.

Washington, 9. Juni. (Reuter.)

Wilson telegraphierte an den Senat, daß es höchst unerwünscht sei, den Text des Friedensvertrages, über den noch unterschieden werde, und der noch Klarstellungen unterworfen sei, zu beschließen. Er forderte die Senat, dringend auf eine gründliche Untersuchung darüber angewiesen, wie exemplarisch der Vertrag in die Hand von Präsidenten gelangt ist. Senator Birch legte heute dem Senat ein Exemplar des Friedensvertrages vor, das von einem Zeitungskorrekturisten nach Amerika gebracht worden ist. Der Senat ordnete mit 47 gegen 24 Stimmen an, daß der Friedensvertrag als offizielles Dokument gebraucht wird.

Die französische Gewalttherrschaft in der Pfalz.

Speyer, 10. Juni. (Reuter.)

Die französischen Behörden in Speyer haben den Rebellen Dr. Will vom "Pfälzischen Volksblatt", der die Provinzialversammlung gegen die Ausübung der Republik veranlaßt hat, zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe verurteilt. Die Behörden sind damit bestrebt, daß Dr. Will an jedem Sonntag "Deutschland, Deutschland über alles" singt. Weil der gleiche Tag der Nationalfeiertag gewesen ist, wurde der Rebellen Dr. Will am 1. Mai gegen 10 Uhr in das Gefängnis verurteilt. In einer Sessione in der Nähe von Speyer verboten die Bürger Konföderation vom Bürgermeister über seine Freilassung, weil er feindselig erachtet. Auf Antrag des Bürgermeisters wurden die Gefangenen bestreben, die Freilassung zu einem Monat Gefängnis und 200 Francs Geldstrafe verurteilt. Sofern wurden sie mit entzücktem Kopf unter Röntgenstrahl im Kerkerloch durch die Geraden Speyers getrieben.

Irland im Aufruhr?

Militärische Vorbereitungen.

Haag, 10. Juni. (E. W.)

Der "Menschheit" Guardian" vom Freitag meldet, daß in den letzten 48 Stunden eine außerordentliche militärische Aktivität in verschiedenen Teilen Irlands begonnen hat. Militärpatrouillen durchsuchen das ganze Land und gut bewaffnete Militärtrooper machen überall Streifzüge. Gleichzeitig ist ein lebhafter Signalwechsel in der Landesgruppe eingerichtet worden. Die Abhörräume sind sehr stark. Die irische Sinnfeinerparlament wird wie in diesem Monat in Dublin versammeln und über die nationale Interessen beraten, die wie die Tagessordnung folgt:

Neue Blockade über Libau.

Die zuständige Stelle erschien die R. P. R. Am 24. Mai wurden in Libau 5 englische Offiziere festgenommen, die sich aus dem Munitionshafen wiederholten. Sie waren Karabiner und eine Granatengang angezeigt hatten. Die Offiziere verschufen den deutschen Polizei, der sie schließlich mit 20 Marti zu befehlten. Nach Bericht nach deutscher Offiziere wurden die Engländer wieder aus dem Hafen entlassen. Am folgenden Tage ließ daraufhin eine Schlepperei auf diese britischen Schiffen beim Graten v. der Golt ein. Dieser wie die unter Hinweis auf den Leibbrand erkannte. Nunmehr sprachen die Engländer den gesamten Hafenverkehr von Libau ab.

Die deutsche Kommission in Spa hat am 8. Juni gegen diese Maßnahme und gegen das ungebührliche Vertragen der englischen Offiziere in Libau Einspruch erhoben. Da die Blockade den militärischen Schutz des Landes außerordentlich beeinträchtigt und die Versorgung der Residenz der Residenz der Residenz Rigas, die auf den Landweg nach Libau angewiesen ist, verhindert wird, wurde die Meldung erfüllt, für die Aufhebung der Blockade zu sorgen.

Offiziere aus dem Mannschaftsstande.

Die R. P. R. fördert:

Die Regierung besteht eine Anzahl von Leutnantstellen mit Unteroffizieren. Die erste größte Kette Unteroffiziere wird dieser Tag zu Leutnant befördert. Es sind dies alles erwachsene Männer, die im Kampf um Deutschlands Leben in der vorherigen Kriege gekämpft haben und die neu der Regierung beitreten, als schwere Erfahrungen den Verlust des Reiches durchgemacht haben und die Freude Ausdruck, daß endlich ein Ziel für das Jahrzehnt lang gekämpft habe, verwirklicht worden ist. Die Überprüfung der Altkrieger Mannschaften, die auf ihre Aufgaben hin, besonders auch darunter, hinzuarbeiten auf ein starken Vertretungs, das die Reichswehr, Unteroffiziere und Mannschaften umfassen. Eindeutig wurden den Neubefreiten ihre Pflichten und Herz gelegt, die durch die Belohnung zu Offizieren erweitert, durch großen Zoff, Misstrau und Angstfreiheit für zu beweisen, doch nur wirkliche Loyalität dem wahren Führer werden lädt.

Blinder Eiser.

Seit einigen Tagen gehen Gerüchte um, daß es in Berlin wieder los gehen werde. Im Zusammenhang damit veröffentlicht die "Freiheit" folgenden Schießbefehl:

Geheim.

Brigadeführer.

1. Nach Mitteilung des Generalstabskommandos kann mit neuen Unruhen in Berlin gerechnet werden.

2. Eine Revolte ist in der Armee zu erwarten. Einige Regimenter sind ausgeschlossen.

3. Solange kein Appell darüber besteht, daß alle Freiheitsangehörige — gleich, ob Kapitäne, Freiwillige oder auf Grund der Bestimmungen zurückgeholte — zurVerteidigung ihres Landes verpflichtet sind.

Wer sich dieser Verpflichtung entzieht, geht aller ihm anheimfallenden Strafen und beobachtenden Rechte und Ansprüche auf alle Fälle verlustig.

Generelle Neutralitätsverpflichtungen werden von der Regierung keineswegs anerkannt werden. Niemand hat die Freiheit, gegen "neutrales" Feuer als Feind zu vorgehen.

Die hierin inhaltenden Anklagen der "Schwadron" sind baldigst in geeigneter Weise über diese Ziffer des Belegs zu unterrichten.

4. Bei erster Major v. Rosenberg unter Bezugnahme auf meinen Befehl I/2074 gab vom 25. 5. 19. alle Verteidigungsmaßnahmen nunmehr befehlsgleich durchzuführen. (Verteidigungsbeauftragter, Arbeitsverteilung, Ausbildung, Probealarm und sonstige Vorrichtungen). Die hierzu erforderliche Zeit muß — natürlich auf Kosten der Schreibarbeit — unbedingt eingehalten werden.

5. Ich lege dem Vorlage des Major v. Rosenberg an 11. d. M. entgegen.

gek. v. Rosen.

Für die Sicherheit.

Unterschrift untergetragen.

Hauptmann und Adjutant.

Aufklärungsstellen sind solche Stellen, denen die Erfüllung der Angelegenheiten des alten Heeres obliegt. Der Hauptbefehl ist gezeigt, die Leistungsfähigkeit zu bewahren. Ein Befehl, der die militärische Waffe ein neuer Wuchs geplant. Wird wirklich von radikaler Seite ein neuer Wuchs geplant? Ansichts der Stärke der militärischen Macht und der Berlin erscheint dies kaum glaublich. Sollte nicht die Militärbörde, wie oft, Gelbenken loben, obwohl mit ihrem Vorgesetzten politische Schritte vorliegen?

Vorgänge, die in Remscheid passiert sind, lassen dies sehr möglich erscheinen. Die Militärs sind, sowohl es sich um Verstärkung von Unruhen handelt, vor rastlosem Heiterkeit befehlt (man möchte wünschen, daß sie bei der Strafverfolgung von Offizieren denselben Eifer entfalten). In Remscheid anscheinend ohne genugend Anlaß, um freies eine Autonomie Regierungstruppen einzurichten und

hat eine größere Anzahl hinzugefügt. Und hinzugefügt und Kommunisten berichtet, darunter das unabdingbare Mitglied der Nationalversammlung Brach, der auf frischer Tat beim Raub, Erschossen und Bedrohen gestoppt werden sein soll. Zusätzlich wurde der verschärzte Lagerung aufstand verhängt, ohne daß dem Oberbefehlsposten eine Mitteilung gemacht wurde. Auch den Reichs-

schiffen nicht unterrichtet, auch nicht der Reichswehrminister. Der Befehl war vom Generalstabskommando in München gegeben. Als Gründe wurden angegeben: 1. Remscheid sei die Sitz der kommunistischen Bewegung. 2. Die Wahlen zum Arbeiterrat seien nicht nach den Anordnungen des Zentralrates vorgenommen worden. 3. Der Arbeiterrat hätte in Remscheid die Werktätigkeit von Freiwilligen verhindert. 4. Freiwillige seien in Remscheid belästigt worden.

5. Wegen Beschwerden. Die Aufklärung der Expedition war dem Corps Bergmann übergeben. Dieses teilt mit, daß die Verhafteten in ein politisches Komplott verwickelt seien. Sie würden sofort entlassen werden, wenn sich ihre Unschuld herausstelle.

Die öffentliche Entschiedet über die Schuldfrage in diesem Falle endlich einmal ein bürgerliches Gericht! Am Freitagabend wurde eine Kommission, bestehend aus dem Beigeordneten der Stadt Remscheid Dr. Landwehr und dem Parteisekretär Ehardt nach Berlin entsandt, um von der Regierung die Entlassung der Verhafteten und die Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen.

Die Remscheider Ämter sieht wenig vertrauenswürdig aus. Nach den bisherigen Berichten scheint dort trotz des Generalstabs, der nun natürlich erst recht fortbesteht, keine kriegerische Haftbefehl zu haben, eine Urkunde zur Verhängung des Belagerungszustandes also nicht vorzulegen.

Nach dem Remscheider Prozeß hat man wenig Vertrauen auf die Ausschreitungen, daß in Berlin neue Unruhen zu erwarten seien. Wir fürchten, daß vielleicht eine Verstärkung der Militärschaft ein neuer schäbiger Sieg der Militärgewalt vorbereitet wird, denn die Regierung, wie nun schon in so vielen Fällen, machtlos gegenübersteht. Denn es glaubt doch wohl niemand im Ernst, daß die Regierung alle militärischen Standard der neuen Zeit billigt. Es scheint also ob sie gänzlich hilflos den Militärs gegenübersteht.

Die Reichswehr als solche ist natürlich unentbehrlich; wir möchten der Regierung jedoch dringend empfehlen, die lebigen führenden Militärs kennstest durch geeignete Persönlichkeiten zu ersuchen.

Major Bleicher nicht in deutschem Dienst. Ein zufälliger Stelle erfuhr die R. P. R.: Der Führer der baltischen Verbund, ein Major Bleicher, der in Riga mehrfach Verbote und Gezwangshaltung der Lebensmittel erlassen haben soll, steht nicht in deutschem Dienst und hat mit den deutschen Militärsbehörden nicht das Geringste zu tun. Major Bleicher ist also nicht, wie ein Platz verdeckt, eulicher Offizier.